

ANTWORT

auf den Offenen Brief „Reformen von innen wurden bisher verhindert“, LTB vom 28. 12. 90, Wil vom 31. 12. 90 und UZ vom 14. 1. 1991.

Wieder einmal bekamen StudentInnen der KMU einen Brief der Initiativgruppe zur demokratischen Erneuerung der Leipziger Universität, der wesentlich an sie gerichtet war, lediglich über die Presse zur Kenntnis. Das war um so bedauerlicher, als die Veröffentlichung einiger peinlicher Fehlinformationen vielleicht hätte verhindert werden können, wenn wir den Brief vorher zu Gesicht bekommen hätten. So sind wir nun also erst einmal gezwungen, einige Dinge richtigzustellen:

1. muß unterschieden werden zwischen Ergebnissen, die in Gesprächen mit der Uni-Leitung und solchen, die mit Staatsminister Meyer erzielt worden sind.

a) Mit der Uni-Leitung konnten tatsächlich mehrere Fragen geklärt werden. Dies bedeutete jedoch i. d. R. nicht eine verbindliche Zusage. Vielmehr wurden im Konsens bestimmte Positionen vereinbart, die dann als gemeinsame Positionen von Uni-Leitung und protestierenden StudentInnen vertreten werden sollten. Eine Reihe von derart formulierten Problemlösungsvorschlägen bedurfte der ministeriellen Absegnung in Dresden.

b) Von Staatsminister Meyer hatten wir in den ersten drei Treffen kaum verbindliche Zusagen erlangen können. Vielmehr formulierte er eine Reihe von Denkmöglichkeiten, die eventuell Einfluß auf weitere Entscheidungen haben könnten. Derartige Äußerungen sind in keiner Weise einklagbar. Erst das vierte Gespräch am 29. 12. brachte definitive Zusicherungen.

Die studentischen Protestaktionen verursachen diese Zusagen und Klärungen. Sie sind deshalb auch entsprechend von Uni-Leitung und Akademischem Senat geübertätigt worden (vgl. UZ 1/91 und 2/92).

2. Es ist nach wie vor völlig unklar, wie das laufende Herbstsemester in „unveränderter Form“ abgeschlossen werden kann. Einige der Lehrkräfte – und zwar meist die besten – unterschreiben andere Angebote oder aber entziehen sich – sofern sie bereits im erforderlichen Alter sind – der Demütigung der Warteschleife durch Vorruhestand.

3. Das nannte tatsächlich alle StudentInnen das Studium in ihren gewählten Fachrichtungen abschließen können, ist erst durch die studentischen Protestaktionen erreicht worden.

4. Keinerlei Aussage konnte Staatsminister Meyer bisher dazu treffen, wie die sog. Studienprogramme abgesichert werden sollen. Weder hat er sich – trotz wiederholter Nachfrage – zur organisatorischen Vorbereitung und Durchführung noch zur finanziellen Absicherung (z. B. bezüglich der legitimen Gehaltsforderungen westdeutscher Lehrkräfte) befriedigend geäußert.

5. Schlicht falsch ist, daß irgend jemand zugesichert hätte, daß „alle Forschungsstudenten und Aspiranten ihre Dissertation in dem bisher vorgesehenen Zeitraum beenden können“. Dies ist in Fällen, wo Themenmodifizierungen nötig waren, auch gar nicht wünschenswert. Das eigentlich zu klärende Problem aber lag darin, daß zahlreiche Betreuer von Dissertationen ab 2. 1. 91 de jure in der Warteschleife sind, damit keine Betreuungsaufgaben mehr wahrnehmen dürfen und folglich der Fortgang der Arbeiten z. T. gefährdet war. Dazu mittlerweile erfolgte Klärungen hatten ihre Ursache in den studentischen Protesten.

6. Bezüglich der ausländischen Studierenden ist unser vorrangiges Problem, wie ihnen bei notwendigen Studienzeitverlängerungen (in vormalig „ideologisch geschwängerten“ Fachrichtungen) die Möglichkeit des Studienabschlusses gesichert werden kann. Dies erfordert nämlich die Änderung der Verträge mit den jeweiligen Heimatländern. Im Gegensatz zu den Briefschreibern möchten wir die Interessenwahrnehmung von Minoritäten nicht ausschließlich an irgendeine Institution – in diesem Falle die Deutsch-äusländische Studiengesellschaft – delegieren. Wir vertrauen da dann doch lieber auf die Sozialmächtigkeit unserer Bewegung.

7. Daß an die Stelle jeder abzuwickelnden Einrichtung eine geeignete Neugründung treten wird, war keineswegs von Anfang an klar. Es wurde durch den Druck unserer Prozesse erreicht.

Daß dabei die fachliche Kompetenz und persönliche Integrität der Hochschullehrer und Mitarbeiter entscheidende Kriterien für eine Weiterbeschäftigung sein werden, war anfangs nirgends verbindlich (d. h. einklagbar) formuliert. Daß dies nunmehr geschehen ist und Verfahrensweisen gefunden worden sind, die dies nun auch praktisch absichern können, ist ein Erfolg der studentischen Proteste.

8. Uns geht es weniger darum, daß den StudentInnen und dem akademischen Mittelbau bei den Neugründungsprozessen Mitsprache „eingeläumt“ wird. Das halten wir für selbstverständlich. Wer sich oder anderen etwas „einräumen“ lassen möchte, scheint u. E. in seinem Denken stark von obrigkeitlichen Ansätzen geprägt. Wir haben vielmehr ganz bestimmte Vorstellungen, in welcher Weise, in welcher Anzahl und mit welchen Beeinflussungsmöglichkeiten unser Mitspracherecht realisiert wird.

9. Entgegen der Aussage der Briefschreiber geht die Uni-Leitung davon aus, daß sich die Abwicklung nur auf wissenschaftliche Mitarbeiter bezieht, nicht aber auf technisches und Verwaltungspersonal.

Diese ausführlichen Richtigstellungen machten sich erforderlich, weil der Brief der acht Wissenschaftler lediglich zwei mögliche Gründe zum Ausdruck bringt, die unsere Aktionen erklären könnten. Der erste Grund konnte damit hoffentlich ad absurdum geführt werden: nämlich die Unterstellung, die protestierenden StudentInnen seien lediglich unfähig gewesen, längst erfolgte Problemlösungen richtig zu würdigen und also ihre Aktionen abzubauen.

Der zweite zum Ausdruck gebrachte mögliche Grund ist noch ein wenig härter: die Unterstellung, daß „die jetzige Aktion der Studenten nicht spontan zustande kam, sondern langfristig vorbereitet zu sein scheint.“ Und zwar von „Kräften im Hintergrund“, „die die Universität in ein Chaos stürzen wollen“. Wenn wir von solchen Kräften gesteuert würden, hätten wir wohl kaum Gesprächs- und Kompromissbereitschaft signalisiert, Gespräche mit Uni-Leitung, Senatsvertretern, Stadtpräsident Maggirus und Staatsminister Meyer geführt sowie Kompromissen zugestimmt. Die Genesis unserer Protestaktionen war auf den zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und den allabendlichen Plena miterlebbar und ist anhand unserer Dokumentation (im Pressebüro einzusehen) nachvollziehbar.

Spätig mutet das entscheidende, offenbar in vollem Ernst vorgetragene „Argument“ zur Stützung der Drahtzieher-Unterstellung an: die Veröffentlichung in „Ohne Filter“, Beilage zur UZ vom 2. 4. 90. Zum ersten handelt es sich dabei um einen satirisch überspitzten Versuch, mehr StudentInnen für ureigenste soziale und hochschulpolitische Belange zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Zum zweiten sollten die dort „vorhergesagten“ Ereignisse durch eine ganze Reihe die Studien- und Lebenssituationen der StudentInnen extrem verschlechternden Bedingungen hervorgerufen werden. Die Uni-Namensänderung wurde lediglich als äußerer Anlaß für die „prophezierte“ Eskalation beschrieben (eben Satire!). Zum dritten steht das „Drehbuch für die jetzigen Ereignisse“ keineswegs „wörtlich“ in dem genannten Artikel. Vielmehr gibt es einige gravierende Unterschiede (z. B. bringen wir nach wie vor legal eine StudentInnenzeitung heraus, was wir durchaus zu würdigen wissen: Mehrere dahingehende Versuche vor dem Herbst 89 waren aus politischen Gründen gescheitert). Daß freilich bestimmte der im April beschriebenen und nunmehr tatsächlich angewandten Aktionsformen, wie Versammlung der Studierenden im Uni-Innenhof und Uni-Besetzung, übereinstimmen, liegt wohl einfach an der Beschränktheit des Katalogs möglicher Protestformen.

Wer die KMU in eine „linke Speerspitze“ gegen die Landesregierung“ verwandeln will, hätte von den Briefschreibern schon genauer benannt werden sollen, anstatt eine solche Aussage unvermittelt an Betrachtungen über studentische Handlungsmotive anzuschließen. So werden erneut problematische Verdächtigungen provoziert.

Unsere Vision ist auch eine Universität ohne einseitige ideologische Ausrichtung (allerdings haben wir mit der „Europäischen Universität“ wegen des darin steckenden Eurozentrismus so unsere Schwierigkeiten). Gerade um eine erneute einseitige ideologische Ausrichtung künftighin zu verhindern, führten wir u. a. unsere Protestaktionen durch. Wir möchten eine von Pluralität gekennzeichnete Universität.

Reformbestrebungen an der Uni stehen wir keineswegs kritisch im Sinne von ablehnend gegenüber, sondern vielmehr aufgeschlossen. Daß es uns schwerfällt, eine Reihe von „Reform“vorschlägen ernst zu nehmen, weil uns einige der Absender allzuweit aus der realsozialistischen Vergangenheit als Kollaborateure in Erinnerung sind, möchten wir freilich nicht bestreiten.

Leipzig, 7. 1. 1991

Das Plenum der protestierenden StudentInnen



StuRa-Sprecher Peer Pasternack beim 1. Plenum vor Hörsaal 19



Nicht nur auf die historische Partnerschaft zwischen der Stadt und der Universität wiesen die StudentInnen vor dem Leipziger Rathaus hin



Motorisierte Begleiter des Protestmarsches Berlin-Leipzig

Fotos: GEHRMANN



Belagerungszustand in der 1. Etage des Hauptgebäudes



Am 11. 1. 91 in der Müdler-Passage